

JÜRGEN HOFMANN

Die Deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Möglichkeiten und Grenzen eines Bündnisses gegen die Teilung

Vor über fünfzig Jahren, am 26. März 1948, trafen sich Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in Moskau mit J. W. Stalin und anderen führenden Repräsentanten der KPdSU. In ihrem Bericht verwiesen Pieck und Grotewohl auf den, nach ihrer Meinung bisher insgesamt erfolgreichen Verlauf der Volkskongreßbewegung. Der Erste Deutsche Volkskongreß sei »mehr impulsiver« (sprich spontaner), der Zweite »mehr organisierter« gewesen. Zugleich machten sie auf die komplizierte Stimmungslage und die Schwierigkeiten aufmerksam, denen sich die SED zu stellen hatte. Zur Sprache kam die Polarisierung durch aufbrechende politische Gegensätze. »Stimmung beeinflusst von Gegensätzen. Massen nicht so klar. Gewisse Erfolge dieser Hetze«¹, ist in den Notizen Wilhelm Piecks zu lesen. Dahinter verbarg sich auch das Eingeständnis, daß die Bewertung der Lage und der politischen Kontrahenten, wie sie die SED in ihren offiziellen Verlautbarungen vornahm, nicht unbedingt gleichermaßen von der Bevölkerung geteilt wurde. Außerdem berichtete die SED-Führung von Angst, die sich im Bürgertum wegen der Enteignungen breit gemacht habe. Bodenreform, Sequesterverfahren und die oft sehr weit gefaßte Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher hatten Befürchtungen genährt. Solche Ängste und die damit verbundene Distanz zur SED war aber eine denkbar ungünstige Ausgangslage für ein breites Bündnis zur Bewahrung der nationalen Einheit. Dazu kamen die Frage der deutsch-polnischen Grenze und die Umsiedlungsaktionen, deren Verteidigung der SED nicht unbedingt Sympathie einbrachte.

Wenige Tage vor dem Gespräch mit Stalin hatte anlässlich des 100. Jahrestages der Berliner Märzrevolution von 1848 der Zweite Deutsche Volkskongreß getagt und sich in die Tradition dieser bürgerlich-demokratischen Revolution gestellt. Die Feierlichkeiten zum 18. März 1848 in Berlin wurden jedoch bereits überschattet vom Klima des Kalten Krieges und der politischen Konfrontation. Zwei Kundgebungen, jeweils mit Massenresonanz, ließen dies deutlich werden. Neben dem Zug zu den Gräbern der Märzgefallenen, an dem sich die Delegierten des Volkskongresses beteiligten, fand auch die Konkurrenzveranstaltung vor dem Reichstag Massenzulauf.

Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bereits ab, daß die Volkskongreßbewegung ihre ursprünglich angedachte Zielstellung nicht erreichen würde. Dabei waren vor allem drei Aufgaben bzw. Funktionen wesentlich:

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin.
Prof. Dr. sc., Arbeitsgebiete: Revolutionsgeschichte 1848/49, DDR- und SED-Geschichte, nationale Frage, empirische Forschungen zum Einigungsprozeß und zum Transformationsprozeß.

¹ Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 190.

Alles in allem muß unsere Politik darauf ausgerichtet sein, ein Kräftegleichgewicht in Europa und Asien wiederherzustellen. Das bedeutet, daß wir auf der Außenministerkonferenz darauf bestehen müssen, Westdeutschland von kommunistischer Kontrolle freizuhalten. Wir müssen dann sehen, daß es besser in Westeuropa integriert wird und daß ein Teil unserer Verantwortung für die Bedingungen dort auf die westeuropäischen Verbündeten und auf das deutsche Volk übertragen wird. Ausarbeitung G. F. Kennans für Außenminister Marshall vom 6. November 1947.

Wir sind am Ende der Straße angelangt, das Zeitalter von Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.
The New York Herald Tribune, 20. Dezember 1947.

Er bemerkt, daß er aus dem langen Gespräch im ganzen den Eindruck gewonnen habe, daß Herr Adenauer die östliche Besatzungszone Deutschlands für lange Zeit, wenn auch nur vorübergehend »abgeschrieben« habe. Aktennotiz für Jakob Kaiser über eine Einschätzung des Korrespondenten der »Neuen Zürcher Zeitung«.

Zum einen galt es, eine gesamt nationale Repräsentation unter Einschluß aller wesentlichen politischen Strömungen ins Leben zu rufen. Sekundär war, ob die Volkskongreßbewegung sich selbst als nationale Repräsentation konstituieren oder wenigstens deren Einberufung bewirken konnte.

Zum anderen sollte die Volkskongreßbewegung einen begrenzten deutschen Einfluß auf die Verhandlungen der vier Mächte zur Deutschlandfrage, insbesondere auf die Außenministerkonferenzen, gewährleisten.

Schließlich ging es um die zonenübergreifende Mobilisierung breiter Kreise der deutschen Bevölkerung gegen die heraufziehende Gefahr der Spaltung.

Der Erste Deutsche Volkskongreß war auf Initiative der SED Anfang Dezember 1947 in Berlin zusammengetreten. Über 2200 Teilnehmer, von denen ein Drittel aus den westlichen Besatzungszonen kam, und deren parteipolitische Differenzierung ließen zunächst hoffen, daß der erstrebte Mobilisierungs- und Ausstrahlungseffekt doch noch eintreten könnte, obwohl die politischen Kontroversen im Vorfeld an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließen. Die Delegation, die der Volkskongreß zur Londoner Außenministerkonferenz entsandte, konnte ihr Mandat nicht wahrnehmen, da die britische Regierung ihr die Einreise verweigerte. Außerdem waren die Westmächte nicht gewillt, eine deutsche Delegation zu akzeptieren, die direkt oder indirekt vom sowjetischen Verhandlungspartner beeinflußt war. Hoffnungsvolle Anläufe für regionale Volkskongresse in den Westzonen wurden von den dortigen Besatzungsbehörden behindert. Ihr Wirkungsgrad blieb außerordentlich eingeschränkt.

Der Zweite Deutsche Volkskongreß im März 1948 stand ganz im Zeichen des 100. Jahrestages der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. Von den fast 2000 Teilnehmern kam nur jeder vierte aus den Westzonen. Die Beteiligung von Mitgliedern der SPD, LDP und CDU war rückläufig. Den nachhaltigsten Einfluß auf das Geschehen der Folgemonate sollte der Deutsche Volksrat erlangen, der vom Zweiten Volkskongreß gewählt wurde. Die Benennung dieses Gremiums geht auf einen Vorschlag von Wilhelm Külz (LDP) zurück. Den Vorsitz teilten sich die Vorsitzenden der beteiligten Parteien. Sekretär wurde Erich W. Gniffke. Der Versuch Walter Ulbrichts, sich als paritätischer Sekretär zu etablieren, fand keine Mehrheit im Parteivorstand der SED.

Den 400 Mitgliedern des Deutschen Volksrates oblag die Vorbereitung eines Plebiszits zur deutschen Einheit, das auf der Grundlage der Regelungen der Verfassung der Weimarer Republik durchgeführt wurde. Obwohl es in den Westzonen behindert bzw. verboten wurde, konnte die notwendige Stimmenzahl erbracht werden. Ein darauf aufbauender Volksentscheid hätte jedoch der Zustimmung aller Besatzungsmächte bedurft. Außerdem hätte ein Votum für die deutsche Einheit nicht die tiefgreifenden Differenzen aufgehoben, die sich aus den unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen ergaben und die im Kontext mit der deutschen Frage zur Entscheidung anstanden. Die eigentliche historische Leistung des Deutschen Volksrates ist wohl in der bemerkenswerten Sacharbeit zu

sehen, die er mit seinen Fachausschüssen im Rahmen der Verfassungsdiskussion leistete. Sie muß hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität keinen Vergleich mit anderen verfassungsvorbereitenden Gremien scheuen.

Der Dritte Deutsche Volkskongreß tagte Ende Mai 1949 in einer Situation, in der die Konstituierung der Bundesrepublik bereits in vollem Gange war. Am 8. Mai hatte der Parlamentarische Rat das Grundgesetz angenommen, das am 23. Mai in Kraft trat. Die Bestätigung des Verfassungsentwurfs und die Wahl eines neuen Deutschen Volksrates konnten so nur noch Weichenstellungen zu einer zweiten deutschen Staatsgründung sein. Obwohl die Volkskongreßdelegierten aus der sowjetischen Besatzungszone sich diesmal auf ein Zwei-Drittel-Wählermandat stützen konnten, hatten die »Einheitslistenwahlen« und Ungereimtheiten bei der Auszählung Zweifel hinterlassen. Ein Drittel Neinstimmen signalisierten, daß die politische Stimmungslage auch im Osten kompliziert blieb. Dies war einer der Gründe, auf weitere Wahlen im Vorfeld der ostdeutschen Staatsgründung zu verzichten. Der zweite Deutsche Volksrat, der 330 Mitglieder umfaßte, konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Zunächst gab es andere Vorstellungen zur Bildung einer ostdeutschen Regierung. In den vorbereitenden Gesprächen mit Stalin im Dezember 1948 war noch davon die Rede, die Deutsche Wirtschaftskommission zur Volkskammer auszubauen. Erst danach wurde entschieden, den Deutschen Volksrat und eventuell den gesamten Volkskongreß in die Konstituierung des ostdeutschen Staates einzubeziehen. Dies erleichterte den anderen Blockparteien die Zustimmung zur Gründung der DDR. Insbesondere die CDU der Ostzone erhoffte sich von einem ostdeutschen Parlament und einer offiziell bestellten Regierung eine Beschränkung der Allmacht der SED-dominierten Deutschen Wirtschaftskommission. Als Ersatzparlament wäre die Wirtschaftskommission deshalb für diese Kreise, die gegen die ostdeutsche Staatsgründung ohnehin Bedenken hegten, keinesfalls in Frage gekommen.

Die Volkskongreßbewegung war mit ihrem dritten Kongreß »ausgereizt«. Ihre Umbildung zur Nationalen Front vermochte daran nichts zu ändern. Walter Ulbricht hatte diesen Schritt bereits am 17. Mai vor Berliner SED-Funktionären angekündigt, bevor Otto Grotewohl die Grundzüge einer nationalen Front im Deutschen Volksrat entwickeln konnte. Auch die Nationale Front des demokratischen Deutschland erlangte in der Folgezeit nicht die gesamtdeutsche Ausdehnung und Wirkung, die ihr zgedacht war.

Bereits unter Zeitgenossen war die Volkskongreßbewegung umstritten. Ihre Idealisierung auf der einen und ihre Verketterung auf der anderen Seite haben sich auch in der historischen Rückschau erhalten. Erstaunlicherweise steht eine detaillierte und quellen gestützte Darstellung noch aus. Das gilt auch für die meisten anderen Volksbewegungen in Ost und West, die solch wichtige Probleme, wie deutsche Einheit, Remilitarisierung, atomare Bewaffnung oder Raketenrüstung, betrafen.

Die notwendige Frage nach den Ursachen des Scheiterns der

Leider sind alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien über die Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz an dem Widerstande führender Männer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bürgerlicher Parteien in den westlichen Besatzungszone gescheitert. Schließlich hat auch der Führer der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone seine Zustimmung verweigert. In einem der entscheidendsten Augenblicke versagen die Führer dieser Parteien und lassen das deutsche Volk im Stich.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann und will sich mit diesem Zustande nicht abfinden. Sie erachtet es als ihre Pflicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen Willen der Londoner Konferenz kundzutun ... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ruft in letzter Stunde dazu auf, alles Trennende beiseite zu lassen. Aus dem Aufruf der SED zu einem deutschen Volkskongreß, 26. November 1947.

Das deutsche Volk wünscht einen den Grundsätzen der Beschlüsse der alliierten Mächte in Jalta und Potsdam entsprechenden Frieden, der ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zusichert, ihm eine freie demokratische Entwicklung und die völlige Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit ermöglicht.

...

Das deutsche Volk wünscht von der Konferenz der Außenminister in London die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien. ...

Das deutsche Volk wünscht, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine Nationalversammlung gewählt wird ...

Aus der Entschließung des 1. Deutschen Volkskongresses, 6. und 7. Dezember 1947.

Volkskongreßbewegung schmälert in keiner Weise die Leistungen der beteiligten Akteure und ihres Massenanhangs, die über Parteigrenzen hinweg für die deutsche Einheit stritten. Sie akzentuiert vielmehr deren Engagement. Eine Antwort auf diese Frage kann sich jedoch nicht darauf beschränken, lediglich die zeitgenössischen Schuldzuweisungen an die Westmächte und reaktionäre Politiker zu wiederholen. Der Respekt vor den Leistungen der Volkskongreßbewegung verlangt auch nach selbstkritischer Distanz, d. h. nach Offenlegen hausgemachter Fehler. Er sollte das Geflecht widersprüchlicher Faktoren veranschlagen, die direkt oder indirekt die Chancen der Volkskongreßbewegung beeinträchtigten.

Die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Volkskongreßbewegung fiel in eine Zeit dramatischer innen- und außenpolitischer Veränderungen. In diesem Bedingungsgefüge mußten ihre Erfolgsaussichten eher begrenzt bleiben. Nachfolgend seien einige Elemente dieser Rahmenbedingungen skizziert:

Nicht unterschätzt werden dürfen die Wirkungen des einsetzenden Kalten Krieges und seiner Polarisierungsmechanismen. Der Truman-Doktrin, dem Marshall-Plan-Projekt und der Politik des »containment«, der Eindämmung des kommunistischen Einflusses standen die forcierte volksdemokratische Entwicklung im sowjetische Einflußbereich, die erneute Ausrichtung auf das sowjetische Modell und die Zwei-Lager-Theorie gegenüber. Die eskalierende Berlin-Krise verfestigte 1948 die Konfrontation. Dennoch sollte das Scheitern der Volkskongreßbewegung nicht allein aus den Bedingungen des Kalten Krieges erklärt werden.

Die Verhandlungen der vier Mächte zur Deutschlandfrage steckten in der Sackgasse. Weder auf der Pariser Außenministerkonferenz vom April bis Juli 1946 noch auf der in Moskau im März und April 1947 konnte ein Konsens erzielt werden. Dafür wurden die Gegensätze immer deutlicher. Die Volkskongreßbewegung sollte faktisch in letzter Minute Einfluß auf die Londoner Konferenz der Außenminister im November und Dezember 1947 nehmen. Eine Bewegung jedoch, die die festgefahrene Situation aufbrechen wollte, hätte eine ungewöhnliche Kraft und Dynamik entfalten müssen. Das vermochte die Volkskongreßbewegung selbst in ihren besten Phasen nicht. Mit einer weltweiten oder wenigstens europäischen Unterstützung war wenige Jahre nach dem Krieg nicht zu rechnen. Die Koppelung der Volkskongreßbewegung an die sowjetische Deutschlandpolitik stellte eher einen Nachteil dar. Wie wenig flexibel diese Politik in dieser Phase war, zeigte sich vor allem in der Reparationsfrage. Aber auch die USA setzten auf eine härtere Gangart. »Ich glaube, wir sollten uns auf keine Kompromisse mehr einlassen«,² hatte Präsident Truman seinen Außenminister im Januar 1946 wissen lassen.

Die Weichen für die Bildung eines westdeutschen Staates waren 1947 längst gestellt und die sowjetische Besatzungszone abgeschrieben. Der Ankündigung des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 folgte bereits im Januar 1947 die Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone zur Bi-Zone, die mit regierungsähnlichen Institutionen ausgestattet wurde. Die Münchener Konferenz der

2 Zitiert nach: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 88.

Ministerpräsidenten der deutschen Länder im Juni 1947 hatte keine Annäherung gebracht. Sie scheiterte schon in ihren Ansätzen am Ost-West-Konflikt. Die Währungsreform vom Juni 1948, langfristige unter dem Deckwort »bird doc« vorbereitet und vor dem sowjetischen Partner geheimgehalten, klammerte erneut den Osten Deutschlands bewußt aus.

Dem Aufruf zum Deutschen Volkskongreß vorausgegangen waren mehrere gescheiterte Anläufe für gesamtdeutsche Parteinergespräche. Um sie hatten sich u. a. die CDU-Politiker Jakob Kaiser und Ferdinand Friedensburg bemüht. Die Initiative der SED vermochte die aufgetretenen Differenzen nicht zu überbrücken. Ebensovienig ließ sich die fortschreitende Polarisierung der Parteien durch die Volkskongreßbewegung kompensieren. Die SPD war durch Kurt Schumacher mehrheitlich ohnehin auf strikten Konfrontationskurs zur SED und ihren Vorschlägen eingeschworen.

Der Vorschlag der SED, zu einem Deutschen Volkskongreß einzuladen, stieß bereits im Zentralausschuß des Demokratischen Blocks der sowjetischen Besatzungszone auf Widerstand und geteilte Resonanz. Der Vorsitzende der Ost-CDU, Jakob Kaiser, zog in der Sitzung am 15. November 1947 seine bisherige Unterstützung für eine gesamtdeutsche Konferenz zurück. Lediglich die LDP unterstützte unter dem Einfluß von Wilhelm Külz das Anliegen. Damit schied jedoch der Demokratische Block als Einlader aus. Der Parteivorstand der SED war in die Rolle des alleinigen Einladers gedrängt und wandte sich am 26. November 1947 mit einem entsprechenden Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit. Dabei verzichtete sie nicht auf massive Kritik an die Adresse anderer Parteien. Schon allein daraus ergab sich für politische Kräfte in den Westzonen eine gewisse Hemmschwelle, die nur durch Massenmobilisierung hätte abgebaut werden können. Der Führungsanspruch der SED und die Erfahrungen mit der Blockpolitik sowie massive Eingriffe in ihre innerparteilichen Angelegenheiten hatten aber inzwischen auch das Mißtrauen bei den ostdeutschen Partnern der SED verstärkt.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Volkskongreßbewegung in den Westzonen waren von Anbeginn durch Eingriffe und Restriktionen der Besatzungsmächte eingeschränkt. Der fortwirkende Antikommunismus tat ein übriges. Zugleich trugen fehlerhafte und teilweise völlig falsche Lagebeurteilungen dazu bei, daß die Volkskongreßbewegung im Westen nicht Fuß fassen konnte. Als wenig hilfreich und fehlorientierend erwies sich beispielsweise die These von der Kolonialisierung der Westzonen.

Kontraproduktiv auf das Anliegen der Volkskongreßbewegung wirkte ebenfalls die Rigorosität, mit der die antifaschistisch-demokratischen Reformen teilweise vorangetrieben wurden. Potentielle Adressaten waren verunsichert bzw. ausgegrenzt. Ein wirksames Gegengewicht zur Spaltung Deutschlands konnte aber nur ein extrem breites Bündnis bieten. Die Zuspitzungen in der Politik der SED schränkten den Bündnispielraum jedoch ein. Die Beschlüsse der Staatspolitischen Konferenz in Werder und der Kurs auf eine Partei neuen Typus im Jahre 1948 mußten zwangsläufig zu einer weiteren Verengung der Bündnismöglichkeiten führen.

Konnte ein Mann von Ihrer politischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer Zweitausend-Menschen-Versammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammendringiert war, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfinden würde. Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten, Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen.

Theodor Heuß an Wilhelm Külz, 19. Dezember 1947.

Nachdem in Frankfurt (Main) einige Staatsfunktionäre und Parteiführer, ohne unser Volk zu befragen, ihre Zustimmung zu den Maßnahmen der Aufteilung Deutschlands gaben, unterstützen wir von ganzem Herzen den Beschluß ..., eine zweite Tagung des Volkskongresses für ganz Deutschland zum 18. März 1948 nach Berlin einzuberufen.

Aus dem Manifest des Bremer Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, 18. Januar 1948.

Aus den bitteren Erfahrungen der letzten hundert Jahre deutscher Geschichte ergibt sich die Lehre, daß die Vollstreckung einer großen nationalen Aufgabe nur möglich ist, wenn sie unter Mitwirkung und Verantworten der großen Mehrheit des Volkes erfolgt.

Aus der Entschließung des 2. Deutschen Volkskongresses, 17. und 18. März 1948.

Um für diese Ziele wirksam kämpfen zu können, stellt sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Aufgabe, jede mögliche Form der Zusammenarbeit patriotischer Kräfte zu unterstützen, auf politischem wie auf kulturellem Gebiet, in finanziellen, kommerziellen und sonstigen wirtschaftlichen Fragen.

Aus dem Manifest der 9. Tagung des Deutschen Volksrates, 7. Oktober 1949.

Auf die Bereitschaft, mit der SED in der Volkskongreßbewegung zusammenzuarbeiten, wirkten sicherlich auch Vorgänge in anderen Ländern des sowjetischen Einflußbereichs dämpfend, die nichtkommunistische Kräfte in ihrer ohnehin vorhandenen Distanz bestärkten. Hier sei vor allem auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei verwiesen. Dort nutzte die KPTsch ihren Wahlerfolg von 1946 (38 Prozent der Stimmen), um verstärkt Kurs auf die sozialistische Umgestaltung zu nehmen. Die auftretenden Konflikte mündeten in einer Krise der Regierung der Nationalen Front. Die KPTsch schaltete mit Unterstützung ihrer Volksmilizen im Februar 1948 ihre bisherigen Bündnispartner aus der Regierungsverantwortung aus. Staatspräsident Benes wurde zur Abdankung genötigt. Sein Amt übernahm der Vorsitzende der KPTsch, Klement Gottwald.

Die Volkskongreßbewegung konstituierte sich zu einem Zeitpunkt, als die Frage der deutschen Einheit bereits deutlich von der Frage nach gesellschafts- und ordnungspolitischer Weichenstellung überlagert wurde. Auf diesem Feld trafen sich die Interessen der jeweiligen Besatzungsmächte mit denen deutscher politischer Kräfte. Daraus entstand eine Situation, in der keine Seite ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Trümpfe aus der Hand geben wollte. Das Primat von ordnungspolitischen Vorstellungen implizierte aber mit Notwendigkeit die logische Tendenz zur Zweistaatlichkeit. Ein Erfolg der Volkskongreßbewegung hätte jedoch den wenigstens vorläufigen Kompromiß zur Voraussetzung gehabt. Diesen Kompromiß wollten die Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland nicht. Die Ernsthaftigkeit der Angebote der SED ist weder damals noch in der Folgezeit jemals ausgelotet worden.